

Wissenschaftler fordern Umbau der Tierhaltung

Der Wissenschaftliche Beirat für Agrarpolitik (WBA) beim Bundesministerium für Ernährung und Landwirtschaft (BMEL) hält die deutsche Nutztierhaltung „in wesentlichen Teilen für nicht zukunftsfähig“. In ihrem neuesten Gutachten empfehlen die 14 „Agrar-Weisen“, die Weichen radikal neu zu stellen.

Dabei hält der WBA die Zielkonflikte zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Tierschutz für überwindbar. Der Umbau werde aber „einen längeren Zeitraum“ erfordern und viel Geld kosten. Hier die wichtigsten Eckpunkte und deren Auswirkungen:

- Strengere Tierschutzstandards, die sich z.B. an bestehenden Tierschutzlabeln oder am Öko-Landbau orientieren, würden die derzeitigen Produktionskosten um über 13 bis 23 % erhöhen. Das sind 3 bis 5 Mrd. €/Jahr.
- Selbst bei voller Überwälzung der Kosten auf die Verbraucher sollen tierische Nahrungsmittel im Laden nur 3 bis 6 % teurer werden. Das sei für viele Verbraucher tolerierbar.
- Ohne flankierende Begleitmaßnahmen prognostizieren die Gutachter gewaltige Strukturveränderungen. Die Schweinehaltung soll um 20 bis 37 % zurückgehen. Bei Rindfleisch, Geflügel und Eier soll die Produktion um 8 bis 16 % einbrechen. Nur bei der Milch würde sich kaum etwas ändern. Eine gemeinsame Einföhrung höherer Standards mit anderen EU-Ländern würde die Produktionsrückgänge allerdings verringern, betont der WBA.
- Ein neues Konsum-Leitbild „besser und weniger“

soll für mehr Wertschöpfung bei den Landwirten sorgen. Die Idee: Die Verbraucher essen weniger Fleisch, geben für das tierwohloptimierte Fleisch aber mehr Geld aus.

Ohne flankierende Maßnahmen der Politik ist der skizzierte Umbau der Nutztierhaltung nicht zu schaffen. Sonst wandern Teile der Produktion ins Ausland ab, befürchtet der Beirat. Er sieht fünf große Ansatzpunkte.

1. Um auf EU-Ebene Wettbewerbsverzerrungen zu vermeiden, sollten die Mitgliedstaaten mit bedeutender Tierhaltung die strengeren Tierschutzstandards möglichst gemeinsam vorantreiben.
2. Der Bund soll ein nationales Tierwohl-Monitoring aufbauen und für besser qualifizierte Tierhalter sorgen.
3. Um mehr Geld für den Tierschutz zu haben, sollte Deutschland EU-Mittel von der 1. in die 2. Säule umschichten.
4. Die Bundesländer sollen die sog. nicht-kurativen Eingriffe (z. B. Schwänze kürzen) ausnahmslos schnell verbieten, den Tierschutz stärker kontrollieren und gleichzeitig Förderanreize für mehr Tierwohl schaffen.
5. Die Wirtschaft soll ihre Brancheninitiative Tierwohl ausweiten. Der Handel könnte zusätzlich für mehr Marktdifferenzierung sorgen, indem er sein Sortiment stärker auf Tierwohl ausrichtet bzw. Produkte mit niedrigeren Standards auslistet.

Rechts ein Interview mit dem Vorsitzenden des WBA, Prof. Dr. Harald Grethe. Die Mitglieder des WBA: www.topagrar/heft+

NACHGEHAKT

„Da tickt eine gefährliche Zeitbombe!“

top agrar sprach mit Prof. Dr. Harald Grethe über die Akzeptanzkrise der Nutztierhaltung und was die Wissenschaft ändern will.



Foto: Privat

Prof. Dr. Harald Grethe,
Vorsitzender des
Wissenschaftlichen
Beirats Agrarpolitik

In welcher Zeit lässt sich die Nutztierhaltung umbauen?

Grethe: Das wird 20 bis 30 Jahre dauern, weil wir die Nutzungsdauer der Ställe berücksichtigen müssen. Dennoch müssen wir jetzt engagiert anfangen. Wir haben unsere Empfehlungen in Maßnahmen gegliedert, die sofort starten können und Maßnahmen, die mittelfristig vorbereitet werden müssen.

Wie wird sich der Umbau auf den Strukturwandel und die Betriebsgrößen auswirken?

Grethe: Die Effekte werden sehr unterschiedlich sein. Das zeigt folgendes Beispiel: Kleine Milchviehhalter mit Anbindeställen in engen Dorflagen würden genauso Probleme bekommen wie Betriebe mit sehr großen Beständen, die ihren Kühen keinen Weidegang bieten können. Letztlich geht es aber nicht um Bestandsgrößen, sondern um akzeptable Haltungsbedingungen für kleine und große Betriebe.

Bisher haben Lockvogelangebote bei Milch und Fleisch dem Handel bessere Umsätze beschert als hochpreisige Tierwohlprogramme. Ist das Tierwohl-Potenzial wirklich so groß?

Grethe: Das ist ein klassisches Marktversagen. Diejenigen, die sich gar nicht an Tierschutzinitiativen beteiligen, profitieren trotzdem von einem besseren Image. Diese Trittbrettfahrer-Problematik versucht die Initiative Tierwohl mit ihrem Branchenansatz aufzulösen. Das Potenzial für besonders tierfreundliche Ware wird auch deshalb nur wenig erschlossen, weil die Kennzeichnung oft nicht transparent ist. Ein staatliches Label könnte das ändern. Wenn wir mit tierwohlorientierter Ware stärker in die Breite kommen, würden auch die notwendigen Preisaufschläge von 100 % und mehr deutlich sinken. Die bisher sehr aufwendige und teure Warentrennung für Kleinstmengen würde dann effizienter und günstiger.

Brauchen wir wegen der offenen Grenzen in Zukunft einen Tierwohl-legitimierten Außenschutz?

Grethe: Ein solcher ließe sich im EU- und WTO-Recht kaum durchsetzen. Deshalb empfehlen wir ein breites Bündel an flankierenden staatlichen Unterstützungs- und Ausgleichsmaßnahmen. Hilfreich wären auch Initiativen der Privatwirtschaft, wie etwa Auslistungen von Produkten, die unterhalb der inländischen Tierschutzstandards produziert werden, und eine erfolgreiche Brancheninitiative Tierwohl.

Können wir zur Not auch einen nationalen Alleingang riskieren?

Grethe: Ein konzertiertes Vorgehen mehrerer EU-Mitgliedstaaten ist immer besser. Aber auch nationale Alleingänge sind machbar. Die EU-Tierschutzstandards sind schon heute nicht einheitlich. Deutschland liegt im oberen Mittelfeld. Völlig unproblematisch sind Alleingänge bei der Konzeption von Tierwohl-Förderprogrammen im Rahmen der 2. Säule, beim Aufbau eines staatlichen Tierwohl-Labels oder beim Ausbau der Aus- und Fortbildung.

Wie weit dürften wir vorauspreschen?

Grethe: Das hängt von den Begleitmaßnahmen ab. Wenn wir in der EU durchsetzen würden, nationale Tierschutzprämien als Ausgleich für höhere Standards zahlen zu können, sind nationale Alleingänge einfacher.

Auch die Grünen wollen die Tierhaltung radikal umbauen. Ist das auch Ihr Weg?

Grethe: Wir orientieren uns nicht an parteipolitischen Vorstellungen. Ich kenne von den Grünen auch keine

konsistente Strategie zum Umbau der Tierhaltung in Deutschland. Viele Grüne vermischen die Strukturdebatte mit der Tier- und Umweltschutzdebatte. Sie sehen das Problem vor allem in der „Massentierhaltung“. Das halten wir für falsch. Die Zusammenhänge zwischen Betriebsgröße und dem Tier- und Umweltschutzniveau sind gering und nicht eindeutig. Verbesserungen im Tier- und Umweltschutz sind in großen und kleinen Betrieben notwendig und möglich.

Wie reagieren Berufsstand und Politik auf die wachsenden gesellschaftlichen Ansprüche an die Nutztierhaltung?

Grethe: Der Berufsstand reagiert überwiegend abwehrend und versucht, den Status Quo zu verteidigen. Das kann nicht gelingen. Notwendig ist mehr Bereitschaft zum Dialog und zu wesentlichen Veränderungen in der Tierhaltung. Die Politik hat das Problem zwar erkannt, versäumt es aber bisher, dringend erforderliche Signale für die langfristige Entwicklung des Sektors zu geben. Viele Landwirte spüren, dass da eine Zeitbombe tickt, die man nicht

aussitzen kann. Deshalb empfehlen wir, Leitlinien für die Tierhaltung zu entwickeln, deren Halbwertszeit über Legislaturperioden hinausgeht. Wir wollen einen breiten gesellschaftlichen Diskurs führen, um diese Leitlinien zu präzisieren. Und wir fordern finanzielle Rahmenbedingungen, um die Kosten des Umbaus zu schultern. Der Berufsstand sollte diesen Weg mitgehen. Die Gesellschaft kauft es den Landwirten nicht mehr ab, dass es in der Nutztierhaltung keine Tierschutzprobleme gibt.

Werden Sie als Beirat aktiv auf den Berufsstand zugehen?

Grethe: Das tun wir bereits. Der Deutsche Bauernverband ist in die begleitende Fachveranstaltung zur Übergabe des Gutachtens eingebunden. Darüber hinaus stehen wir auf vielen Ebenen im intensiven Austausch. Wir halten die Lücke zwischen gesellschaftlichem Anspruch und der Realität der Nutztierhaltung für gefährlich – sie kann und muss verringert werden. Das erfordert große Anstrengungen des Berufsstandes, der Politik und Gesellschaft. Wir tragen gerne dazu bei. -sp-



SECUFARM.
MEHR GEFAHREN.
EINE VERSICHERUNG.

STARKREGEN

FROST

STURM

HAGEL

ciagreen.de

EINZIGARTIG INDIVIDUELLES RISIKOMANAGEMENT. WWW.VEREINIGTE-HAGEL.DE

Das Wetterrisiko in Deutschland nimmt weiter zu. Professionelles Risikomanagement ist wichtiger denn je. Die steuerliche Gleichstellung der Mehrgefahrenversicherung mit der Hagelversicherung in Deutschland ist die richtige Antwort

hierauf. SECUFARM bietet einzigartig individuellen Schutz. Bringen Sie Ihren Bestand jetzt in Sicherheit. Gefahren-individuell, Fruchtarten-individuell, Betriebs-individuell. SECUFARM. Mehr Sicherheit gibt es nirgendwo.

Secufarm®



EINE VERSICHERUNG DER VEREINIGTEN HAGEL